

# 19.10.2011

## Erneute Hausdurchsuchung in Stuttgart

Am 19.10.2011 gab es erneut eine Hausdurchsuchung in Stuttgart. Betroffen war dabei wie bereits vor 3 Wochen ein Antifaschist, der sich an den Protesten gegen "Europas größten Naziaufmarsch" am 19.02.2011 beteiligte.

In den letzten Wochen fanden in Stuttgart insgesamt 5 Hausdurchsuchungen statt und es wurden knapp 20 Vorladungen mit teilweise angeordneter ED-Behandlung in Stuttgart, Tübingen, Reutlingen und Freiburg wegen der Gegenaktivitäten in Dresden verschickt. Drei der betroffenen AktivistInnen wurden einer ED Behandlung unterzogen, sowie (mit richterlichem Beschluss) die DNA entnommen, da auf in Dresden gefundenen Steine DNA-Spuren entdeckt worden sind.

Diese Aktionen sind nur ein kleiner Teil der seit 8 Monaten rollenden Repressionswelle. Begleitet von einer medialen Hetzkampagne versucht die sächsische Landesregierung und Staatsanwaltschaft antifaschistische Proteste zu kriminalisieren.

### **Zum Verlauf des Ganzen:**

Am Morgen des 28.09.2011 fanden in Stuttgart 4 Hausdurchsuchungen statt. Konkret wird den Betroffenen "Versuch der gefährlichen Körperverletzung", "Landfriedensbruch", "Verstoß gegen das Vermummungsverbot" oder auch "Beihilfe zur versuchten gefährlichen Körperverletzung" vorgeworfen. Dabei sollen die 4 AktivistInnen, gegen die sich die Hausdurchsuchungen richteten, laut richterlichen Beschluß Teil einer Gruppe von 20 Personen gewesen sein, die die ihnen vorgeworfenen "Straftaten" begangen haben soll.

Die Durchsuchungen wurden von BFE-Einheiten, LKA Beamten aus Baden-Württemberg und der Sonderkommission 19-2 der Dresdner Polizei durchgeführt. Mit dabei war auch der Dresdner Oberstaatsanwalt Christian Avenarius. In einem Fall verschafften sich vermummte BFE Einheiten Zugang zu einer falschen Wohnung und legten den Personen, die sich in der Wohnung aufhielten, kurzzeitig Handschellen an, bis sie schließlich in der richtigen Wohnung landeten. In einem anderen Fall wurde auch die falsche Wohnung gestürmt. In wieder einem anderen Fall wurde ein 16-jähriger auf der Arbeit von der Polizei aufgesucht.

Gesucht wurde nach Computern, Datenträgern und schriftlichen Aufzeichnungen, aber auch nach Kleidung (Regenjacke, Gürtel etc.) und Schuhen. In mindestens zwei Fällen wurden Laptops und Datenträger beschlagnahmt.

Am 19. Oktober 2011 fand gegen einen weiteren Aktivist eine Hausdurchsuchung statt. Diesesmal waren 3 Beamte aus Dresden, sowie 2 Stuttgarter Beamte beteiligt. Vorgeworfen wird dem Genossen "gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung in Tateinheit mit Landfriedensbruch, Verstoß gegen das versammlungsrechtliche Vermummungsverbot, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit Körperverletzung." Auch er soll, wie bei den letzten Durchsuchungen, Teil einer Gruppe von 20 Personen gewesen sein, die "Straftaten" begangen haben soll.

Gesucht wurden bei ihm Handschuhe, Datenträger, Computer und andere Speichermedien. Beschlagnahmt wurden eine Fahne, CDs, einen Computer, ein USB-Stick, verschiedene Zettelchen aus dem Müll, mehrere alte Handys, sowie das aktuelle Handy des Genossen, das ihm aus der Hand gerissen wurde, nachdem er seinen Anruf getätigt hatte.

Auf die Vernehmung ging der Genosse nicht ein und verweigerte konsequent die Aussage. Gegen alle Maßnahmen wurde Widerspruch eingelegt.

### **Gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen**

Die Durchsuchungen in Stuttgart stellen nur das aktuellste Beispiel in dem großangelegten Kriminalisierungsversuch von den Gegenaktivitäten zum Naziaufmarsch in Dresden dar: Massenhafte Bespitzelung und Auswertung von Telefondaten, Abhören von Telefonaten und ein Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129, sowie bereits jetzt mehr als 30 Hausdurchsuchungen sprechen eine deutliche Sprache.

Letztlich sollen durch Aktionen wie diese AktivistInnen abgeschreckt und eingeschüchtert werden, sowie durch Geld- und Haftstrafen von Aktivitäten ferngehalten werden. Gleichzeitig soll durch die Sammlung von Identifikationsmerkmalen präventiv die Basis für weitere Kriminalisierung und Verurteilungen geschaffen werden.

Machen wir einen Strich durch die Rechnung der Repressionsbehörden.

### **Antifaschismus bleibt legitim!**

#### **Solidarität ist eine Waffe!**

Falls bei euch auch eine Hausdurchsuchung stattgefunden hat, oder ihr mit sonstiger Repression konfrontiert seid meldet euch bei der [Ortsgruppe der Roten Hilfe](mailto:stuttgart@rote-hilfe.de) (stuttgart[at]rote-hilfe.de) und fertigt ein Gedächtnisprotokoll an.

Am 08. November 2011 findet um 19 Uhr auch das nächste Soli-Treffen der Roten Hilfe Ortsgruppe zu Dresden im Linken Zentrum Lilo Herrmann (Böblinger Str. 104) statt.

Weitere Artikel:

<http://linksunten.indymedia.org/en/node/47762> - [S] Hausdurchsuchungen in Stuttgart wegen Dresden 19.02.11

<http://linksunten.indymedia.org/de/node/48771> - [S/DD] Dresdner SOKO 19/2 erneut in Stuttgart

<http://linksunten.indymedia.org/de/node/48823> - Nachspiel zum Februar-Protest in Dresden: Antifaschist\_innen aus der Region von Polizei-Repression betroffen!

<http://linksunten.indymedia.org/de/node/48836> - [S/DD] Gegen die Kriminalisierung jugendlicher AntifaschistInnen! Über Hausdurchsuchungen, DNA-Proben und legitimen Protest

Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen [Stuttgart] - [www.political-prisoners.net](http://www.political-prisoners.net) // [www.gefangenen.info](http://www.gefangenen.info)

Zusammen Kämpfen [Stuttgart]

(<http://linksunten.indymedia.org/de/node/48931>)

## **Erneute Hausdurchsuchung im Zusammenhang mit Dresden**

Am 19.10.2011 fand in Stuttgart erneut eine Hausdurchsuchung im Zusammenhang mit den Gegenaktivitäten zum Naziaufmarsch in Dresden am 19. Februar 2011 statt. Vorgeworfen wird dem Betroffenen „gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung in Tateinheit mit Landfriedensbruch, Verstoß gegen das versammlungsrechtliche Vermummungsverbot, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit Körperverletzung.“ Auch er soll, wie bei den letzten Durchsuchungen, Teil einer Gruppe von 20 Personen gewesen sein, die "Straftaten" begangen haben soll.

Gesucht wurden bei ihm Handschuhe, Datenträger, Computer und andere Speichermedien. Beschlagnahmt wurden eine Fahne, CDs, ein Computer, ein USB-Stick, verschiedene Zettelchen aus dem Müll, mehrere alte Handys, sowie das aktuelle Handy des Genossen, das ihm aus der Hand gerissen wurde, nachdem er seinen Anruf getätigt hatte.

Auf die Vernehmung ging der Genosse nicht ein und verweigerte konsequent die Aussage.

Gegen alle Maßnahmen wurde Widerspruch eingelegt.

Wenn ihr ebenfalls betroffen seid, meldet euch bei der Roten Hilfe Ortsgruppe Stuttgart (stuttgart[at]rote-hilfe.de) und kommt zum nächsten Soli-Treffen zu Dresden am 8. November 2011 um 19 Uhr im Linken Zentrum Lilo Herrmann (Böblinger Str. 104, 70199 Stuttgart)

Nicht vergessen: Haltet Eure Wohnungen sauber! Wendet Euch an die Rote Hilfe, wenn Ihr selbst von der Repression betroffen seid! Macht keine Aussagen bei den Bullen und kommuniziert nicht am Telefon oder unsicheren Orten über sensible Angelegenheiten!

Die Bullen haben wie bereits erwähnt nach Kleidern und Datenträgern gesucht – deshalb: Lieber mal den Kleiderschrank ausmisten und PC-Systeme so sicher wie möglich betreiben.

Rote Hilfe Ortsgruppe Stuttgart

([http://bunte-hilfe.fasthoster.de/rh/html\\_mehr/19.10.2011\\_dresden\\_hausdurchsuchung.html](http://bunte-hilfe.fasthoster.de/rh/html_mehr/19.10.2011_dresden_hausdurchsuchung.html))

## Revisión de [*Stuttgart*] *Erneute Hausdurchsuchung im Zusammenhang mit Dresden* de Mié, 19.10.2011 - 23:19

Creado por: Rote Hilfe OG Stuttgart. Creado el: 19.10.2011 - 19:23. Ocurrido el: Miércoles, 19. Octubre 2011.

Am 19.10.2011 fand in Stuttgart erneute eine Hausdurchsuchung im Zusammenhang mit den Gegenaktivitäten zum Naziaufmarsch in Dresden am 19. Februar 2011 statt. Vorgeworfen wird dem Betroffenen „gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung in Tateinheit mit Landfriedensbruch, Verstoß gegen das versammlungsrechtliche Vermummungsverbot, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit Körperverletzung.“ Auch er soll, wie bei den letzten Durchsuchungen, Teil einer Gruppe von 20 Personen gewesen sein, die "Straftaten" begangen haben soll.

Gesucht wurden bei ihm Handschuhe, Datenträger, Computer und andere Speichermedien.

Beschlagnahmt wurden eine Fahne, CDs, einen Computer, ein USB-Stick, verschiedene Zettelchen aus dem Müll, mehrere alte Handys, sowie das aktuelle Handy des Genossen, das ihm aus der Hand gerissen wurde, nachdem er seinen Anruf getätigt hatte.

Auf die Vernehmung ging der Genosse nicht ein und verweigerte konsequent die Aussage. Gegen alle Maßnahmen wurde Widerspruch eingelegt.

Wenn ihr ebenfalls betroffen seid, meldet euch bei der Roten Hilfe Ortsgruppe Stuttgart (stuttgart[at]rote-hilfe.de) und kommt zum nächsten Soli-Treffen zu Dresden am 8. November 2011 um 19 Uhr im Linken Zentrum Lilo Herrmann (Böblinger Str. 104, 70199 Stuttgart)

Nicht vergessen: Haltet Eure Wohnungen sauber! Wendet Euch an die Rote Hilfe, wenn Ihr selbst von der Repression betroffen seid! Macht keine Aussagen bei den Bullen und kommuniziert nicht am Telefon oder unsicheren Orten über sensible Angelegenheiten!

Die Bullen haben wie bereits erwähnt nach Kleidern und Datenträgern gesucht – deshalb: Lieber mal den Kleiderschrank ausmisten und PC-Systeme so sicher wie möglich betreiben.

(<https://209.234.249.214/es/node/48933/revisions/110492/view>)

# 20.10.2011

## **Menschenkette am 13. Februar - Demonstration am 18.: Dresden will Zeichen gegen Nazis setzen**

*Stephan Lohse*

Dresden. Mit einer Neuauflage der Menschenkette am 13. Februar und einer gemeinsamen Aktion aller demokratischer Kräfte am 18. Februar will Dresden im kommenden Jahr den befürchteten rechtsradikalen Aufmärschen entgegentreten. Dies ist zumindest der aktuelle Konsens der Arbeitsgruppe (AG) 13. Februar, die unter Moderation von Frank Richter, dem Chef der Landeszentrale für politische Bildung, den Widerstand der Dresdner gegen Rechtsaußen koordinieren will. „Was im letzten Jahr passiert ist, darf sich nicht wiederholen“, betonte der amtierende Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP).

„Es ist ein ergebnisoffener Prozess“, betonte Moderator Frank Richter. Es gebe durchaus Differenzen innerhalb der Gruppe, die Gemeinsamkeiten seien aber größer. So sind sich alle Beteiligten einig, dass die Menschenkette als „gutes, bewährtes und allgemein akzeptiertes“ Symbol beibehalten werden soll. Da der 13. Februar ein Montag ist, soll sie in diesem Jahr erst am Abend stattfinden, wann genau ist noch unklar.

Ebenso einig ist sich die Arbeitsgruppe, dass am 13. und am 18. Februar von allen demokratischen Kräften getragene Aktionen stattfinden sollen. Ebenfalls Konsens ist, dass eine Veranstaltung am 18. Februar „auf einem großen zentralen Platz“ in Hör- und Sichtweite zum erwarteten Nazi-Aufmarsch stattfinden soll.

Uneinigkeit bestehe vor allem noch bei der Frage, wie friedliche Blockaden bewertet werden sollen. Während beispielsweise verschiedene Abgeordnete der Grünen und der SPD im vergangenen Jahr selbst die Nazi-Routen blockierten, kritisiert insbesondere die FDP die Blockierer scharf. Für Frank Richter selbst sind Blockaden kein geeignetes Mittel, gab er zu. Aber er respektiere auch die Gewissensentscheidung jedes einzelnen, der anderer Meinung ist. „Das Thema spielte eine große Rolle in unseren Diskussionen“, erklärte Richter. Beim nächsten Treffen der AG im November erwarte er hierzu aber bereits einen gemeinsamen Beschluss.

Zu der Arbeitsgruppe gehören neben Vertretern der Stadtratsfraktionen auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppierungen wie die Kirchen, der Gewerkschaftsbund, die Jüdische Gemeinde, Handwerkskammer, Kreissportbund, Opferberatung, TU Dresden oder Bürger.Courage. Nicht mit am Tisch sitzt hingegen das Bündnis Dresden-Nazifrei. Weder Richter noch Bürgermeister Hilbert wollten sich dazu äußern, warum diese Gruppierung nicht beteiligt ist. „Wir sind nie eingeladen worden“, sagte ein Sprecher von Dresden-Nazifrei auf Anfrage von DNN-Online. Solange die Diskussion der AG aber um Dinge wie eine Demo in Hör- und Sichtweite kreisen würde, sei eine Beteiligung von Nazifrei sowieso schwierig. Demos in Sicht- und Hörweite seien längst Bundesrecht, die Diskussion müsse tiefer greifen, so der Sprecher.

Das Bündnis freue sich, dass in Dresden endlich ein pluralistischer Protest zu Stande komme. Im Gesamten bewerte man die aktuellen Pläne aber als unzureichend.

Für den 13. Februar waren Stand Mitte Oktober zwei Demos aus dem rechten Spektrum angemeldet, für den 18. Februar eine. Bürgermeister Hilbert wollte diese Zahlen am Donnerstag nicht bestätigen und äußerte sich auch sonst nicht zum geplanten Umgang mit den erwarteten

rechten Aufmärschen. Im Vorjahr hatten Nazi-Aufmärsche sowie die Proteste dagegen Dresden mehrere Tage lang in Atem gehalten. Vor allem am 19. Februar hatten mehrere tausend zum Teil linksextreme Gegendemonstranten versucht, die Nazi-Demos zu verhindern. Die Polizei berichtete anschließend von Straßenschlachten und gewaltbereiten Gruppen von Rechts wie Links.

(<http://nachrichten.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/der-februar-kommt-jedes-jahr-wieder/r-mitteldeutschland-a-110516.html>)

## **Dresden will erneut Zeichen gegen Neonazi-Aufmärsche setzen**

### **Erstmals gemeinsamer Protest in Sicht- und Hörweite der Rechtsextremen geplant**

Dresden (dapd-lsc). Gegen die alljährlichen Aufmärsche von Neonazis in Dresden soll es erstmals gemeinsame Protestaktionen aller demokratischen Kräfte in Hör- und Sichtweite der Rechtsextremen geben. Darauf einigte sich eine parteiübergreifende Arbeitsgruppe, der auch Vereine und Gewerkschaften angehören, wie der Erste Bürgermeister der Stadt Dresden, Dirk Hilbert (FDP), am Donnerstag sagte.

Die "Arbeitsgruppe 13. Februar" war von der Stadt ins Leben gerufen worden, nachdem es am 19. Februar diesen Jahres zu schweren Ausschreitungen am Rande von friedlichen Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche gekommen war. 112 Polizisten wurden laut Innenministerium von Links- und Rechtsextremen verletzt. In diesem Jahr hatten Rechtsextreme erstmals am 19. Februar versuchtaufzumarschieren, um den Protest am 13. Februar zu umgehen.

Neonazis versuchen seit Jahren, den 13. Februar als Jahrestag der alliierten Bombenangriffe auf Dresden für ihre Zwecke mit Aufmärschen zu missbrauchen. Die Dresdner gedenken an diesem Tag der Zerstörung ihrer Stadt mit einer kilometerlangen friedlichen Menschenkette und protestieren damit zugleich gegen die Aufmärsche. Linke Parteien und Vereine beteiligten sich in der Vergangenheit zudem an Blockaden, um die Rechtsextremen zu stoppen.

Die Stadt Dresden erwartet die nächsten Aufmärsche am 13. und 18. Februar. Es gebe bereits entsprechende Anmeldungen rechtsextremer Gruppen, sagte Hilbert. Am 13. Februar werde es wieder eine friedliche Menschenkette geben, um an die Opfer des Zweiten Weltkrieges in Dresden zu erinnern und zugleich Protest zu bekunden. Bei den Bombenangriffen waren damals bis zu 25.000 Menschen in der sächsischen Landeshauptstadt ums Leben gekommen. Dresden wurde weitgehend zerstört.

Für den 18. Februar ist erstmals eine gemeinsame Kundgebung "aller demokratischen Kräfte" in Hör- und Sichtweite der Rechtsextremen geplant. Damit einigten sich die Stadtratsfraktionen erstmals auf ein gemeinsames Vorgehen an einem zentralen Platz in Dresden, wie Hilbert betonte.

Der Protest mit Blockaden bleibt hingegen umstritten. Bei diesem Thema erzielten die großen Fraktionen der Linkspartei, SPD und Grünen mit CDU und FDP keine Übereinstimmung. Zudem ist das "Bündnis Nazifrei", das die Blockaden mitorganisiert, laut Hilbert als eine von wenigen Vereinen nicht Mitglied der Arbeitsgruppe.

Die CDU im sächsischen Landtag wertete die geplanten Proteste als wichtiges Signal "aller demokratischen Kräfte". Eine rechtzeitige Vorbereitung sei wichtig, damit sich Ausschreitungen von rechten und linken Gruppen nicht wiederholten, sagte CDU-Fraktionschef Steffen Flath.

Die Evangelische Kirche in Dresden kündigte an, als Zeichen gegen die Aufmärsche mit einem

Bittgang für den Frieden und einem Kulturprogramm in der Kreuz- und Dreikönigskirche ein Signal setzen zu wollen unter dem Motto "Unterwegs für Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe".

dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Dresden-will-erneut-Zeichen-gegen-Neonazi-Aufmaersche-setzen-artikel7794832.php>

## **Sächsische NPD ist Vorbild**

**Von Tomas Sager**

**20.10.2011 - Bei der Wahl eines neuen NPD-Vorsitzenden kann der Voigt-Herausforderer Holger Apfel offenbar auf die Unterstützung des Parteienwachstums von den Jungen Nationaldemokraten (JN) bauen.**

Nachdem Ende September bereits der JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer für Apfel geworben hatte, zog am Mittwoch sein Stellvertreter Andy Knappe nach. Knappe, dessen Name ebenso wie der Schäfers auf einer Vorschlagsliste von Apfels sächsischem Landesverband für einen neuen Bundesvorstand steht, äußerte sich in einem Interview auf der Internetseite der Jungen Nationaldemokraten. „Es ist endlich an der Zeit, dass sich die Partei grundsätzlich gegenwartsbezogen und zukunftsorientiert aufstellen muss“, sagte Knappe und empfahl dabei die sächsische NPD als Vorbild. Dabei dürften „grundlegende politische Eckpunkte unseres Wollens, wie zum Beispiel unser Verständnis von Volk und Heimat sowie von Identität und nationaler Souveränität“ nicht verraten werden.

Zugleich geht es Knappe aber auch um inhaltliche und finanzielle Spielräume der JN. Er verstehe die Jungen Nationaldemokraten als „vollwertigen politischen Partner der NPD“. Dem amtierenden Parteichef Udo Voigt hielt er vor, die JN „gängeln“ zu wollen, wenn er fordere, die JN müssten „wirklich integraler Bestandteil“ der Mutterpartei werden. Benötigt werde hingegen eine „strikte Trennlinie zwischen den Aufgabefeldern der NPD und denen der JN“.

### **„Ressourcen im nationalen Milieu ausschöpfen“**

Und benötigt wird Knappe zufolge auch mehr Geld der Partei für die Jugendarbeit. „Es ist immer schön zu hören, wenn voller Pathos erklärt wird, dass die Jugend unsere Zukunft ist. Aber bei der praktischen Umsetzung hat man oft den Eindruck, dass die Parteiführung auf Tauchstation geht“, klagt er. Lediglich 16.000 Euro habe die NPD im vorigen Jahr für ihre Jugendarbeit aufgebracht. Knappe: „Und das, obwohl die Partei allein aus der staatlichen Parteienfinanzierung über eine Million Euro bekommt!“

Festhalten will der JN-Vize an den „guten und engen Verbindungen“ der Jungen Nationaldemokraten zu „freien Gruppen“, spricht: Neonazis außerhalb der Partei. Sie will er auch für ein Engagement zugunsten der NPD gewinnen. Sollte er in den Vorstand gewählt werden, denkt Knappe offenbar daran, das Arbeitsfeld von Manfred Börm zu übernehmen. Börm ist bisher Leiter des NPD-„Ordnungsdienstes“. Er wolle als künftiges Vorstandsmitglied seinen Beitrag dazu leisten, „erfahrene Aktivisten aus allen Bereichen des nationalen Lagers für einen bundesweiten Ordnungsdienst / Sicherheitsdienst (OD) zu begeistern und sie für die Arbeit im OD zu gewinnen“, kündigte Knappe an. Damit werde auch sichergestellt, „dass alle Ressourcen im nationalen Milieu ausgeschöpft“ würden. Auszeichnen soll sich eine solche Organisation durch einen „verschworenen Mannschaftsgeist“.

<http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/saechsische-mpd-ist-vorbild>

# 21.10.2011

## Aufreger des Tages: Benjamin Karabinski

Getroffene Hunde bellen. So auch der sächsische FDP-Landtagsabgeordnete Benjamin Karabinski. Der Jungpolitiker ereifert sich über das Interview des engagierten Neonazigegners und SPD-Landtagsabgeordneten Karl Nolle in *junge Welt* vom Mittwoch. In der Internetausgabe der Rechtsaußenpostille Junge Freiheit holte Karabinski zum Gegenschlag aus. »Was Nolle gesagt hat, ist eine Unverschämtheit und diffamiert nicht nur unseren Freistaat und dessen rechtsstaatliche Institutionen, sondern letztlich auch alle Bürger Sachsens«, fabulierte der Landtagsabgeordnete der sich selbst als »liberal« deklarierenden Splitterpartei, die derzeit in sächsischen Umfragen immerhin noch bei zwei Prozent gehandelt wird.

»Ich finde nicht, daß wir in einem unfreien Land leben. Im Gegenteil. Herr Nolle hat die DDR nicht erlebt«, so der 1981 geborene FDP-Vorzeigedemokrat. Dabei hatte Nolle mit Blick auf die uferlose staatliche Repression und Bespitzelung von Neonazigegnern in Sachsen einzig konstatiert, daß »Rechtsstaat und Verfassung bei Teilen der Staatsanwaltschaft und Polizei völlig aus dem Ruder gelaufen zu sein« scheinen. Von der DDR sprach er nirgendwo.

Karabinski fühlt sich offenbar wahnhaft von Antifaschisten umzingelt. So überholte er die zutiefst reaktionären sächsischen Christdemokraten rechts, indem er kürzlich davor warnte, daß Dresden unter »dem moralischen Deckmäntelchen des Antifaschismus« zum »Tummelplatz und Aufmarschgebiet gewaltbereiter Autonomer« oder »Extremisten und Spinnern von DKP, MLPD oder Antifa im sogenannten Bündnis ›Dresden nazifrei« werde. Die Sozialdemokraten müßten sich von den Äußerungen ihres Fraktionsmitglieds distanzieren.

Es ist zu hoffen, daß Karabinski dem Landtag auch zukünftig erhalten bleibt. Sonst stünde zu befürchten, daß der Lehrer für Geschichte und Gemeinschaftskunde auf Schüler losgelassen wird.

(<http://www.jungewelt.de/2011/10-21/058.php>)

## NPD-Politiker Arne Schimmer soll bei Burschenschaft „Dresdensia“ auftreten

(tt). Das „Bündnis gegen Rechts Gießen“ macht mobil gegen einen Vortrag des sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Arne Schimmer heute Abend in den Räumen der rechtsextremen Burschenschaft Dresdensia Rugia im Großen Steinweg. Der Auftritt Schimmers, sogenannter Alter Herr der bereits auch schon vom hessischen Verfassungsschutz beobachteten Verbindung und Absolvent der Justus-Liebig-Universität (JLU), sei eingebunden in ein Treffen mehrerer dem äußerst rechten Rand zugehörigen Burschenschaften im Verbindungshaus der Germania am Samstag in Marburg, heißt es in einer Information des Bündnisses gegen Rechts. Die Zusammenkunft - eine sogenannte Sternkneipe - diene dazu, am Semesterbeginn neue Mitglieder anzuwerben. Zur Sternkneipe kommen mehrere Verbindungen aus dem rechten Spektrum der Deutschen Burschenschaft, neben der Dresdensia Rugia zum Beispiel Germania Halle zu Mainz, Rheinfranken Marburg und Normannia-Leipzig.

Die Gießener Burschenschaft Dresdensia Rugia pflegt, trotz gegenteiliger Beteuerungen, demnach nach wie vor engen Kontakt zur politischen Rechten. Bereits vor Jahren galt die Verbindung, die als

letzte Gießener Burschenschaft dem rechts-konservativen Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ angehört, als Kadenschmiede der NPD - ein Ruf, der offenbar noch immer zutrifft. Die Dresdensia ist bereits des Öfteren wegen der Aktivitäten ihrer Mitglieder in der NPD in die Schlagzeilen geraten. Sie pflegt ein völkisches Weltbild, ihre Mitglieder verherrlichen den Nationalsozialismus und relativieren den Holocaust.

So sprach Jürgen W. Gansel, NPD-Abgeordneter und ebenfalls ehemaliger Student an der JLU, im sächsischen Landtag 2004 vom angeblichen „alliierten Bombenholoocaust“.

Wie Schimmer, hält sich auch Gansel regelmäßig auf dem Haus im Großen Steinweg auf. Dort soll vor wenigen Jahren außerdem zu einer Reihe von Festen unter dem Titel „Wolfstanz“ geladen worden sein, meldet das Bündnis gegen Rechts. Bei diesen Veranstaltungen seien sogenannte PAs (Plattenaufleger) aus dem Bereich des Gothik-Spektrums angekündigt worden, die ihre rechte Gesinnung keineswegs zu verbergen versucht hätten.

Arne Schimmer absolvierte an der JLU ein Studium der Volkswirtschaftslehre. Als Journalist arbeitete Schimmer als Redakteur für die „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“, schrieb zugleich jedoch auch für das NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ und die rechtskonservative „Junge Freiheit“.

Für 18 Uhr hat das „Bündnis gegen Rechts Gießen“ an der Einmündung Moltkestraße/Großer Steinweg zu einer Kundgebung gegen den Vortrag aufgerufen.

Erst am vergangenen Wochenende kam es in Wetzlar zu einer Lesung mit Autoren, die der extremen Rechten zugeordnet werden. Michael Paulwitz (Republikaner) und Götz Kubitschek, Chef des Verlags Antaios, stellten im „Wetzlarer Hof“ ihr Buch „Deutsche Opfer, fremde Täter“ vor, für das auch die rechtsextreme DVU wirbt. Die beiden Autoren zählen darin Deutschland zu den „weißen Völkern und Nationen“ und warnen vor Überfremdung: „An die Stelle des deutschen kulturellen Standards und Bildungsanspruchs tritt nichts Besseres, nichts Bereicherndes. Vielmehr hat sich eine massenkompatible Clan- und Sippenverbandswirtschaft und -kultur ausgebreitet, die ohne das typisch deutsche, hoch entwickelte Leistungsethos nimmt, was der Sozialstaat bietet.“

(<http://www.giessener-anzeiger.de/lokales/stadt-giessen/nachrichten/11278682.htm>)

## **Kleinster Nenner für 13. Februar**

### **Arbeitsgruppe einigt sich auf gemeinsamen Protest**

**In Dresden soll es im Februar 2012 eine gemeinsame Protestaktion aller Demokraten gegen Nazis geben. Zum Umgang mit Blockaden ist sich eine Arbeitsgruppe aber uneins. Und das Bündnis »Dresden nazifrei!« sitzt nicht mit am Tisch.**

Frank Richter zitiert die Lateiner: »Fiat iustitia, et pereat mundus« - Gerechtigkeit soll regieren, und wenn die Welt darüber zugrunde geht. Dieser Devise, sagt der Ex-Pfarrer und Chef der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, hätten viele Dresdner im Streit um die Form des Gedenkens und des Protestes gegen Naziaufmärsche um den 13. Februar bisher angehangen. Eine von Richter moderierte Arbeitsgruppe will verhindern, dass 2012 erneut die Welt untergeht, also: Uneinigkeit unter den Demokraten über die »richtige« Form des Erinnerns und des Widersetzens gegen Nazis herrscht.

Vier Monate vor dem nächsten Jahrestag legte die Arbeitsgruppe jetzt erste Ergebnisse vor, die einen Fortschritt gegenüber früheren Jahren bedeuten, aber auch ahnen lassen, wie viel Arbeit noch



vor der Gruppe liegt. Fest steht, dass es am 13. Februar erneut eine Menschenkette gibt. Am folgenden Samstag, dem 18. Februar, an dem mit Naziaufmärschen gerechnet wird, soll es eine gemeinsame Kundgebung in Sicht- und Hörweite zu den Rechten geben. Fragen zu Ablauf, Motto oder Rednern sind noch nicht geklärt. Das gilt auch für den Ort - wobei dieser auch deswegen offen bleiben muss, weil abgewartet werden muss, wo sich die Nazis treffen. Mit der Einigung auf eine Veranstaltung in Hör- und Sichtweite ist eine weiträumige Trennung der Nazis und ihrer Gegner, wie sie 2011 praktiziert werden sollte, vom Tisch. Wie die Gruppe, in der alle Ratsfraktionen, Kirchen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Gruppen sitzen, zum heiklen Thema Blockaden steht, soll Ende November besprochen werden. Einvernehmen ist in diesem Punkt nur schwer vorstellbar: Ein Teil der Mitglieder hält Blockaden für legitim; konservative Vertreter sehen darin einen Rechtsbruch. Richter erklärte, persönlich lehne er das Mittel ab; die »Gewissensentscheidung«, zu blockieren, verdiene aber Respekt.

## **Landes FDP schießt quer**

Angesichts der tiefen Gräben, die in Dresden jahrelang das linke und das bürgerliche Lager entzweiten, fällt auf, dass die jetzige Einigung allseits gelobt wird. Eine »solide Grundlage für gemeinsames Handeln« sieht DGB-Regionalchef Ralf Hron. Anerkennung zollt auch Steffen Flath, CDU-Fraktionschef im Landtag. Ob der jetzige Minimalkonsens bis zum Februar trägt, bleibt abzuwarten.

Während etwa der amtierende Rathauschef Dirk Hilbert, ein FDP-Mann, erklärt, man sei »dringend gewillt«, den Konsens aller Demokraten zu finden, schießt seine Landespartei quer. Als der CDU-Mann Christian Hartmann im Landtag für Protest in Sicht- und Hörweite plädierte, warnte FDP-Landeschef Holger Zastrow die Union davor, linken Kräften »auf den Leim« zu gehen, die »gewalttätigen Extremisten einen politischen Schutzschirm aufspannen«.

Größtes Manko der Arbeitsgruppe dürfte freilich sein, dass ein maßgeblicher Akteur für die Proteste gar nicht mit am Tisch sitzt: Das Bündnis »Dresden nazifrei!«, das von der Stadt nicht eingeladen wurde. Das Bündnis mobilisiert für 2012 erneut überregional. Kürzlich gab es eine erste Aktivierungskonferenz - und eine deutliche Aussage: »Ein klares Ja zu Blockaden.«

(<http://www.neues-deutschland.de/artikel/209400.kleinster-nenner-fuer-13-februar.html>)

## **[Stuttgart] Erneute Hausdurchsuchung wegen DD**

au 21.10.2011 11:00 Themen: [Antifa Repression](#)

Am 19.10.2011 fand in Stuttgart erneute eine Hausdurchsuchung im Zusammenhang mit den Gegenaktivitäten zum Naziaufmarsch in Dresden am 19. Februar 2011 statt. Vorgeworfen wird dem Betroffenen „gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung in Tateinheit mit Landfriedensbruch, Verstoß gegen das versammlungsrechtliche Vermummungsverbot, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit Körperverletzung.“ Auch er soll, wie bei den letzten Durchsuchungen, Teil einer Gruppe von 20 Personen gewesen sein, die "Straftaten" begangen haben soll. Gesucht wurden bei ihm Handschuhe, Datenträger, Computer und andere Speichermedien.

Beschlagnahmt wurden eine Fahne, CDs, einen Computer, ein USB-Stick, verschiedene Zettelchen aus dem Müll, mehrere alte Handys, sowie das aktuelle Handy des Genossen, das ihm aus der Hand gerissen wurde, nachdem er seinen Anruf getätigt hatte.

Auf die Vernehmung ging der Genosse nicht ein und verweigerte konsequent die Aussage. Gegen alle Maßnahmen wurde Widerspruch eingelegt.

Wenn ihr ebenfalls betroffen seid, meldet euch bei der Roten Hilfe Ortsgruppe Stuttgart (stuttgart [at] rote-hilfe.de) und kommt zum nächsten Soli-Treffen zu Dresden am 8. November 2011 um 19 Uhr im Linken Zentrum Lilo Herrmann (Böblinger Str. 104, 70199 Stuttgart)

Nicht vergessen: Haltet Eure Wohnungen sauber! Wendet Euch an die Rote Hilfe, wenn Ihr selbst von der Repression betroffen seid! Macht keine Aussagen bei den Bullen und kommuniziert nicht am Telefon oder unsicheren Orten über sensible Angelegenheiten!

Die Bullen haben wie bereits erwähnt nach Kleidern und Datenträgern gesucht – deshalb: Lieber mal den Kleiderschrank ausmisten und PC-Systeme so sicher wie möglich betreiben.

(<http://de.indymedia.org/2011/10/318483.shtml>)